

Kreis-Blatt

für den

Kreis Westerbург.

Nummer 28.

Postfach 231
Frankfurt a. M.

erscheint wöchentlich 2mal, Dienstags und Freitags mit den wöchentlichen Gratis-Beilagen „Ausriertes Familienblatt“ und „Landwirtschaftliche Blätter“ und beträgt der Abonnementpreis in der Expedition pro Monat 40 Pfg. Durch die Post geliefert pro Quartal 1,75 Mark und Nummer 10 Pfg. — Da das „Kreisblatt“ amtliches Organ von 82 Bürgermeistereien ist, haben Anzeigen die wirksamste Verbreitung. Insertionspreis: Die viergespaltene Garmond-Beile oder deren Raum nur 15 Pfg.

Das Kreisblatt wird von 80 Bürgermeistereien in eigenem Kasten am Rathaus ausgehängt, wodurch Inserate eine beispiellos große Verbreitung finden. Mitteilungen über vorkommende Ereignisse, Notizen etc., werden von der Redaktion mit Dank angenommen.

Redaktion, Druck und Verlag von P. Raabberger in Westerburg.

42.

Dienstag, den 2. Mai 1916.

32. Jahrgang

Amtlicher Teil.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Die Erledigung meiner Verfügung vom 25. März 1916 Blatt Nr. 29 betreffend Einsendung des Berichts ob alle Erzeugnisse von Grundstücken und dergleichen Rechten gemäß der Abgabenerordnung vom 3. Januar 1906 (Kreisbl. Nr. 20 1907) Anzeige und Vorlage gebracht sind, wird hiermit in Erinnerung gebracht und binnen 3 Tagen bestimmt erwartet.

Westerburg, den 27. April 1916.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses
des Kreises Westerburg.

Die Herren Bürgermeister des Kreises werden an sämtliche Einsendung der mit meiner Verfügung vom 25. April 1916 K. Nr. 3077 geforderten Angaben über die vorhandenen schlagreifen Viehs erinnert. Bis zum 3. d. Mts. nicht in meinem Besitz befindliche Berichte werden auf Kosten des Gütigen abgeholt werden.

Westerburg, den 1. Mai 1916.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses
des Kreises Westerburg.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Der Landwirtschaftskammer zu Wiesbaden steht ein bestimmtes Futtermittel für Zuchtsauen zur Verfügung. Das Futter stellt ein Mischfutter von Roggen, in- und ausländischer Weizen und Maismischfutter dar und kostet pro Zentner 16—17 Mk. Die Verteilung des zur Verfügung stehenden Futtermittels ersuche ich umgehend zu berichten:

- Zahl der Zuchtsauen, die Ferkel säugen oder im Mai werfen,
- Zahl der Zuchtsauen, die im Juni werfen,
- Zahl der Zuchtsauen, die im Juli werfen,
- Zahl der Zuchtsauen, die im August werfen,
- Zahl der sonstigen Zuchtsauen.

Gleichzeitig ersuche ich anzugeben, ob und wieviel Zentner Futtermittel bestellt werden. Da der Versand durch die Landwirtschaftskammer an die einzelnen Kreise in der Reihenfolge des Eingangs der Bestellungen bei ihr erfolgt, ersuche ich, mir umgehend zu berichten, spätestens jedoch bis zum 5. Mai.

Feblanzeige ist nicht erforderlich.

Westerburg, den 25. April 1916.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses
des Kreises Westerburg.

Bekanntmachung

Auf die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Bundesrats über Regelung des Verkehrs mit Branntwein abgedruckt im Reichsgesetzbl. Nr. 82 von 1916 und die Bekanntmachung über die Einfuhr von Rasse abgedruckt im Reichsgesetzbl. Nr. 83 von 1916 hin. Die Reichsgesetzblätter können bei jeder Bürgermeisterei und auf dem diesf. Geschäftsbüro eingesehen werden.

Westerburg, den 1. Mai 1916.

Der Vorsitzende des Kreisamtschusses
des Kreises Westerburg.

Die f. Zt. unter den Bullen der Gemeinde Flammersbach aus- und abgehende Maul- und Klauenseuche ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen sind aufgehoben. Der Distrikt ist wieder seuchenfrei.

Westerburg, den 17. April 1916.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

über die Einfuhr von Eiern. Vom 18. April 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichsgesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Eier, die aus dem Ausland eingeführt werden, sind an die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin zu liefern.

§ 2. Der Reichskanzler kann die näheren Bedingungen für die Lieferung festsetzen und den Verkehr mit den eingeführten Eiern regeln; er erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Der Reichskanzler kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft werden, und daß neben der Strafe die Eier, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

§ 3. Der Reichskanzler bestimmt, inwieweit diese Verordnung auf die Einfuhr von Eiern aus den besetzten Gebieten Anwendung findet. Er kann Bestimmungen über die Durchfuhr von Eiern erlassen.

§ 4. Der Reichskanzler kann Ausnahmen zulassen.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Krafttretens.

Berlin, den 18. April 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Delbrück.

Ausführungsbestimmungen

zur Verordnung des Bundesrats vom 18. April 1916 über die Einfuhr von Eiern. Vom 18. April 1916.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Eiern vom 18. April 1916 (Reichsgesetzbl. S. 299) bestimme ich:

§ 1. Eier, die nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen aus dem Ausland eingeführt werden, dürfen nur durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin oder mit deren Genehmigung in den Verkehr gebracht werden. Wer nach diesem Zeitpunkt Eier aus dem Ausland einführt, hat sie an die Zentral-Einkaufsgesellschaft zu verkaufen und zu liefern.

§ 2. Wer aus dem Ausland Eier einführt, ist verpflichtet, der Zentral-Einkaufsgesellschaft in Berlin unter Angabe von Menge, Art, Einkaufspreis, Art der Verpackung und Bestimmungsort unverzüglich nach der im Ausland erfolgten Verladung Anzeige zu erstatten, auch alle sonst handelsüblichen Mitteilungen an die Zentral-Einkaufsgesellschaft weiterzuleiten. Er hat den Eingang der Eier und deren Aufbewahrungsort der Zentral-Einkaufsgesellschaft unverzüglich anzuzeigen.

Die Anzeigen und Mitteilungen erfolgen telegraphisch und sind schriftlich zu bestätigen.

Als Einführender im Sinne dieser Bestimmungen gilt, wer nach Eingang der Eier im Inland zur Verfügung über sie für eigene oder fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Verfügungsberechtigte nicht im Inland, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

§ 3. Wer aus dem Ausland Eier einführt, hat sie bis zur Abnahme durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns aufzubewahren, in handelsüblicher Weise zu verpacken und auf Abruf nach den Anweisungen der Zentral-Einkaufsgesellschaft zu verladen. Er hat die Eier auf Ver-

langen der Zentral-Einkaufsgesellschaft an einem von dieser zu bezeichnenden Orte zur Besichtigung zu stellen.

§ 4. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat sich unverzüglich nach Empfang der Anzeige von der Einfuhr und, wenn eine Besichtigung vorgenommen wird, nach der Besichtigung zu erklären, ob sie die Eier übernehmen will. Das Eigentum geht mit dem Zeitpunkt auf die Gesellschaft über, in dem die Uebernahmeerklärung dem Verkäufer zugeht.

§ 5. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat für die von ihr übernommene Ware einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen.

Alle Streitigkeiten zwischen der Zentral-Einkaufsgesellschaft und dem Verkäufer über die Lieferung, die Aufbewahrung und den Eigentumsübergang entscheidet endgültig ein Ausschuss. Der Ausschuss besteht aus einem Vorsitzenden und vier Mitgliedern sowie deren Stellvertretern, die sämtlich vom Reichskanzler ernannt werden.

Der Reichskanzler kann allgemeine Grundsätze aufstellen, die der Ausschuss bei seinen Entscheidungen zu befolgen hat.

§ 6. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Feststellung des Preises zu liefern, die Zentral-Einkaufsgesellschaft vorläufig den von ihr angemessen erachteten Preis zu zahlen.

§ 7. Die Abnahme hat auf Verlangen des Verpflichteten spätestens binnen 5 Tagen von dem Tage ab zu erfolgen, an welchem der Zentral-Einkaufsgesellschaft das Verlangen zugeht. Erfolgt die Abnahme innerhalb der Frist nicht, so ist der Kaufpreis von diesem Zeitpunkt ab mit 1 vom Hundert über dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz zu verzinsen.

Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme. Für streitige Restbeträge beginnt die Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung des Ausschusses der Zentral-Einkaufsgesellschaft zugeht.

§ 8. Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind geringfügige Mengen, die zum Reiseverbrauch oder im Grenzverkehr aus dem Ausland eingeführt werden, sofern die Einfuhr nicht zu Handelszwecken erfolgt.

Inwieweit im übrigen Ausnahmen von diesen Bestimmungen zugelassen werden, bleibt besonderer Anordnung vorbehalten.

§ 9. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat bei der Abgabe der erworbenen Eier die Bestimmungen des Reichskanzlers oder der von ihm bestimmten Stelle innezuhalten.

§ 10. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft, wer den §§ 1 bis 3 dieser Bestimmungen zuwiderhandelt. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Anzeige- und Lieferungspflicht können neben der Strafe die Eier, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 11. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung, der § 10 mit dem 26. April 1916 in Kraft.

Berlin, den 18. April 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers Delbrück.

Bekanntmachung

über die Einfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver.
Vom 18. April 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Kondensierte Milch und Milchpulver, die aus dem Ausland eingeführt werden, sind an die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin zu liefern.

§ 2. Der Reichskanzler kann die näheren Bedingungen für die Lieferung festlegen und den Verkehr mit den eingeführten Waren regeln; er erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

Der Reichskanzler kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft werden, und daß neben der Strafe die Waren, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

§ 3. Der Reichskanzler kann Bestimmungen über die Durchfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver erlassen.

§ 4. Der Reichskanzler kann Ausnahmen zulassen.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außertretens.

Berlin, den 18. April 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Delbrück.

Ausführungsbestimmungen

zur Verordnung des Bundesrats vom 18. April 1916 über die Einfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver. Vom 18. April 1916.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von kondensierter Milch und von Milchpulver vom 18. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 302) bestimme ich:

§ 1. Kondensierte Milch und Milchpulver, die nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen aus dem Ausland eingeführt

werden, dürfen nur durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin oder mit deren Genehmigung in den Verkehr gebracht werden. Wer nach diesem Zeitpunkt kondensierte Milch oder Milchpulver aus dem Ausland einführt, hat sie an die Zentral-Einkaufsgesellschaft zu verkaufen und zu liefern.

§ 2. Wer aus dem Ausland Waren der im § 1 bezeichneten Art einführt, ist verpflichtet, der Zentral-Einkaufsgesellschaft in Berlin unter Angabe von Menge, Art, Einkaufspreis, Art Verpackung und Bestimmungsort unverzüglich nach der im Ausland erfolgten Verladung Anzeige zu erstatten, auch alle sonst handelsüblichen Mitteilungen an die Zentral-Einkaufsgesellschaft weiterzuleiten. Er hat den Eingang der Waren und deren Aufbewahrungsort der Zentral-Einkaufsgesellschaft unverzüglich anzuzeigen.

Die Anzeigen und Mitteilungen erfolgen telegraphisch und sind schriftlich zu bestätigen.

Als Einführender im Sinne dieser Bestimmungen gilt, nach Eingang der Waren im Inland zur Verfügung über sie eigene oder fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Verfügungsberechtigte nicht im Inland, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

§ 3. Wer aus dem Ausland Waren der im § 1 bezeichneten Art einführt, hat sie bis zur Abnahme durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns aufzubewahren, in handelsüblicher Weise zu versichern und auf Verlangen nach den Anweisungen der Zentral-Einkaufsgesellschaft zu verladen. Er hat die Waren auf Verlangen der Zentral-Einkaufsgesellschaft an einem von dieser zu bezeichnenden Orte zur Besichtigung zu stellen.

§ 4. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat sich unverzüglich nach Empfang der Anzeige von der Einfuhr und, wenn eine Besichtigung vorgenommen wird, nach der Besichtigung zu erklären, ob sie die Waren übernehmen will. Das Eigentum geht mit dem Zeitpunkt auf die Gesellschaft über, in dem die Uebernahmeerklärung dem Verkäufer zugeht.

§ 5. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat für die von ihr übernommenen Waren einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen.

Alle Streitigkeiten zwischen der Zentral-Einkaufsgesellschaft und dem Verkäufer über die Lieferung, die Aufbewahrung und den Eigentumsübergang entscheidet endgültig ein Ausschuss. Der Ausschuss besteht aus einem Vorsitzenden und vier Mitgliedern sowie deren Stellvertretern, die sämtlich vom Reichskanzler ernannt werden.

Der Reichskanzler kann allgemeine Grundsätze aufstellen, die der Ausschuss bei seinen Entscheidungen zu befolgen hat.

§ 6. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Feststellung des Preises zu liefern, die Zentral-Einkaufsgesellschaft vorläufig den von ihr angemessen erachteten Preis zu zahlen.

§ 7. Die Abnahme hat auf Verlangen des Verpflichteten spätestens binnen 5 Tagen von dem Tage ab zu erfolgen, an welchem der Zentral-Einkaufsgesellschaft das Verlangen zugeht. Erfolgt die Abnahme innerhalb der Frist nicht, so ist der Kaufpreis von diesem Zeitpunkt ab mit 1 vom Hundert über dem jeweiligen Reichsbankdiskontsatz zu verzinsen.

Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme. Für streitige Restbeträge beginnt die Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung des Ausschusses der Zentral-Einkaufsgesellschaft zugeht.

§ 8. Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind geringfügige Mengen, die zum Reiseverbrauch oder im Grenzverkehr aus dem Ausland eingeführt werden, sofern die Einfuhr nicht zu Handelszwecken erfolgt.

Inwieweit im übrigen Ausnahmen von diesen Bestimmungen zugelassen werden, bleibt besonderer Anordnung vorbehalten.

§ 9. Die Zentral-Einkaufsgesellschaft hat bei der Abgabe der erworbenen Waren die Bestimmungen des Reichskanzlers oder der von ihm bestimmten Stelle innezuhalten.

§ 10. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft, wer den §§ 1 bis 3 dieser Bestimmungen zuwiderhandelt. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Anzeige- und Lieferungspflicht können neben der Strafe die Waren, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 11. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung, der § 10 mit dem 26. April 1916 in Kraft.

Berlin, den 18. April 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Delbrück.

An die Herren Landesbeamten der Landgemeinden des Preises.

Von den zuständigen Herren Ministern sind einige Erleichterungen hinsichtlich der **Einfuhr** im Inlande sich aufhalten lassen. Indem ich Ihnen hiervon Kenntnis gebe, ersuche ich vorkommenden Falles bei mir dieserhalb anzufordern.

Westerburg, den 21. April 1916.

I. 2576.

Der Landrat.

Bekanntmachung

Die Einfuhr von Zigarettenrohtabak. Vom 19. April 1916.
Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zur wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. April 1914 (Reichsgesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:
1. Zigarettenrohtabak, der aus dem Ausland eingeführt wird, soweit der Reichskanzler dies bestimmt, an die Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin zu liefern. Der Reichskanzler kann bestimmen, welche Tabake als Zigarettenrohtabak im Sinne dieser Verordnung anzusehen sind.
Die Ablieferung von mehr als 15 vom Hundert der eingeführten Tabakmengen kann nur mit Zustimmung des Bundesrats anordnet werden.

2. Der Reichskanzler kann die näheren Bedingungen für die Lieferung des Tabaks an die Gesellschaft und für den Vertrieb des Tabaks durch die Gesellschaft festsetzen; er erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen. Er kann bestimmen, daß Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis fünfzehnhundert Mark bestraft und daß neben der Strafe Tabak, auf den sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob er dem Täter gehört oder nicht, eingezogen wird.

3. Der Reichskanzler kann Ausnahmen zulassen. Er kann Vorschriften über die Durchfuhr von Zigarettenrohtabak erlassen.

4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.
Berlin, den 19. April 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Delbrück.

Bekanntmachung

Die Ausdehnung der Bekanntmachung über die Einfuhr von Kakao vom 3. März 1916 auf Kakaopulver und Schokoladenmasse. Vom 19. April 1916.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Kaffee, Tee und Kakao vom 11. November 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 750) folgendes bestimmt:

1. Die Vorschriften der Bekanntmachung über die Einfuhr von Kakao vom 3. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 145) werden auf Kakaopulver und Schokoladenmasse ausgedehnt.

2. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.
Berlin, den 18. April 1916.

Der Reichskanzler. J. A.: Freiherr v. Stein.

Ausführungsbestimmungen

Verordnung des Bundesrats vom 19. April 1916 über die Einfuhr von Zigarettenrohtabak. Vom 20. April 1916.

Auf Grund der §§ 2 und 3 der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Zigarettenrohtabak vom 19. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 313) wird bestimmt:

1. Wer aus dem Ausland Zigarettenrohtabak einführt, ist verpflichtet, den Eingang des Zigarettenrohtabaks im Inland der Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin unter Angabe der Menge, der Arten, des im einzelnen bezahlten Einkaufspreises und des Aufbewahrungsortes unverzüglich anzuzeigen; die Anzeige hat durch eingeschriebenen Brief zu erfolgen. Dabei ist ein von der Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft m. b. H. berechnendes Formular zu benutzen.

Als Einführender im Sinne dieser Bestimmungen gilt, wer den Eingang der Ware im Inland zur Verfügung über sie für sich oder fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Veräußerungsberechtigte nicht im Inland, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

Als Zigarettenrohtabak im Sinne dieser Bestimmungen gelten natürliche und diesen gleichartige Tabake.

2. Wer aus dem Ausland Zigarettenrohtabak einführt, hat der Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft bis zu 15 vom Hundert der eingeführten Gattungen auf Verlangen nach ihrer Wahl zu überlassen. Der Einführende hat den gesamten eingeführten Tabak mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu behandeln, handelsüblicher Weise zu verpacken sowie ihn der Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft auf Verlangen an einem von ihr zu bestimmenden Orte zur Besichtigung zu stellen.

3. Die Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft hat sich unverzüglich nach Empfang der Anzeige (§ 1) und, wenn eine Besichtigung genommen wird, nach der Besichtigung zu erklären, welchen Teil der eingeführten Zigarettenrohtabaks sie übernehmen will.

Der Einführende hat den von der Gesellschaft gewählten Tabak bald auszusondern und auf Abruf nach den Anweisungen der Gesellschaft zu verladen. Die Verpflichtung zur sorgfältigen Verpackung und Versicherung (§ 2 Satz 2) endet für den freibleibenden Teil mit der Aussonderung, für den ausgesonderten Teil mit der Übernahme durch die Gesellschaft.

4. Die Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft hat für den von ihr übernommenen Zigarettenrohtabak einen angemessenen Uebernahmepreis zu zahlen. Der Uebernahmepreis darf den Einstandspreis einschließlich der tatsächlichen Transportkosten und eines Zuschlags von einem Hundert des Einstandspreises für die allgemeinen Unkosten nicht übersteigen.

Ist der Einführende mit dem von der Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft gebotenen Preise nicht einverstanden, so setzt ein Ausschuss den Preis endgültig fest; der Ausschuss bestimmt auch, wer die haren Auslagen des Verfahrens, insbesondere die Kosten eines von ihm etwa eingeholten Gutachtens, zu tragen hat.

Der Reichskanzler ernannt den Vorsitzenden des Ausschusses, seine Mitglieder und deren Stellvertreter.

Der Ausschuss entscheidet in der Besetzung mit dem Vorsitzenden und vier Mitgliedern, von welchen mindestens drei sachkundig sein müssen.

Der Reichskanzler kann allgemeine Grundsätze aufstellen, die der Ausschuss bei seinen Entscheidungen zu befolgen hat.

§ 5. Der Verpflichtete hat ohne Rücksicht auf die endgültige Festsetzung des Preises zu liefern, die Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft vorläufig den von ihr für angemessen erachteten Preis zu zahlen.

Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag der Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft durch Anordnung der von der Landeszentralbehörde bestimmten Behörde auf sie oder oder die von ihr in dem Antrag bezeichnete Person übertragen. Die Anordnung ist an den zur Ueberlassung Verpflichteten zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung ihm zugeht.

§ 6. Die Abnahme hat auf Verlangen des Verpflichteten spätestens binnen 14 Tagen von dem Tage ab zu erfolgen, an welchem der Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft das Verlangen zugeht. Erfolgt die Abnahme innerhalb der Frist nicht, so geht die Gefahr des Unterganges und der Verschlechterung auf die Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft über, und der Kaufpreis ist von diesem Zeitpunkt ab mit 1 vom Hundert über dem jeweiligen Reichshandelskontsatz zu verzinsen. Die Zahlung erfolgt spätestens 14 Tage nach Abnahme oder 4 Wochen nach dem Tage, an welchem der Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft das Verlangen, den Tabak abzunehmen, zugegangen ist. Für künftige Restbeträge beginnt die Frist mit dem Tage, an dem die Entscheidung des Ausschusses der Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft zugeht.

Alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten über die Lieferung, Aufbewahrung, Versicherung und den Eigentumsübergang ergeben, entscheidet eine von der Landeszentralbehörde bestimmte Stelle, soweit nicht nach § 4 der Ausschuss zuständig ist.

§ 8. Die Zigarettentabak-Einkaufsgesellschaft hat den von ihr übernommenen Rohtabak an die Zigarettenhersteller mit Ausschluß derjenigen, die selbst Tabak einführen, abzugeben. Daneben können reine Zigarettentabak-Schneidereien nach Ermessen des Vorstandes berücksichtigt werden. Die Abgabe kann auch durch Einschreibung oder Versteigerung erfolgen.

§ 9. Auf Zigarettenrohtabak, der als Durchfuhrsendung aufgegeben war, aber in Deutschland gelagert wird, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

§ 10. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark wird bestraft, wer den Vorschriften im § 1 Abs. 1 Satz 1, § 2 oder § 3 Abs. 2 dieser Bekanntmachung zuwiderhandelt.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Anzeige- und Lieferungsverpflichtung kann neben der Strafe der Zigarettenrohtabak, auf den sich die Zuwiderhandlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob er dem Täter gehört oder nicht.

§ 11. Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung, der § 10 mit dem 25. April 1916 in Kraft.

Berlin, den 20. April 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Delbrück.

An Stelle der in § 4 der Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme der deutschen Schaffsur — Nr. W. I. 3808/8. 15. R. R. A. — aufgeführten Wäschereien sind jetzt folgende Wäschereien getreten:

Bischweiler Carbonisier-Anstalt und Wollwäscherei A. G. vorm. G. Bix, Bischweiler, Kreis Hagenau i. Els.,

Bremer Woll-Kämmereien, Blumenthal, Provinz Hannover,

Mosbacher und Comp., Cassel,

Emil Rubensohn und Comp., Cassel-Bettenhausen,

Wollwäscherei und Kammerei Döhren-Hannover, Hannover-Döhren,

Boigtländische Carbonisier-Anstalt A. G., Grün bei Bengenfeld i. B.,

Kirchhainer Wollwäscherei G. m. b. H., Kirchhain N.-H.,

Ostpreussische Dampf-Wollwäscherei A. G., Königsberg i. Ostpreußen,

Leipziger Wollkammerei, Leipzig,

Bremer Wollwäscherei, Besum bei Bremen,

G. A. Weller, Bentersbach bei Kirchberg in Sa.,

Myhlauer Wollkammerei Georgi und Comp., G. m. b. H. Myhlau i. B.

Wollwäscherei und Carbonisier-Anstalt, Neuhütte, Gebrüder Benk,

Neuhütte b. Bengenfeld i. B.,

Deutsche Wollentfettung A. G., Oberheinsdorf b. Reichenbach i. B.,

Rothenburger Wollwäscherei Carl Heine, Rothenburg a. d. Ober,

Wollwäscherei und Carbonisier-Anstalt Fr. W. Schreiterer, Unter-

heinsdorf bei Reichenbach i. B.

F. H. Schrotz, Würzen,

Hamburger Wollkammerei, Wilhelmshagen,

H. Dietrich und Comp., Bengenfeld i. B.

Den vorstehend aufgeführten Wollwäschereien ist vom 1. 4. 16. ab eine Erhöhung des Wäschegebühres um 7 1/2 Pfg. zugestimmt worden.

Sie sind danach verpflichtet, die Wäsche der zugeführten Wollmengen zu 0,325 Mk. für 1 kg auf gewaschenes Gewicht gerechnet, einschl. Sortierung bis zu 20 vom Hundert Unter- und Nebensorten, und 0,05 Mk. für 1 kg Zuschlag auf gewaschenes Gewicht bei Sortierung und mehr als 20 vom Hundert Unter- und Nebensorten gerechnet, bei sofortiger Barzahlung ohne jeden Abzug — Verpackung zu Lasten des Käufers — zu bewirken. Der Waschlohn ist der Wäscherei vor Ablieferung der fertiggewaschenen Wolle von dem Verkäufer der Wolle zu entrichten.

Die Wäschereien unterstehen der bauernden Ueberwachung durch die Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Königl. Preussischen Kriegsministeriums in Berlin.

Berlin, den 2. Mai 1916.

Kriegsministerium. Kriegs-Rohstoff-Abteilung.
A. m. B. h. gez. Nolte.

Bekanntmachung

Die Prüfung über die Befähigung zum Betriebe des Hufbeschlaggewerbes findet am 30. Juni 1916 statt.

Meldungen zur Prüfung sind an Herrn Regierungs- und Geheimen Veterinärarzt Peters in Wiesbaden, Adelheidstraße Nr. 88, welcher der Vorsitzende der Kommission ist, zu richten. Der Meldung sind beizufügen:

1. der Geburtschein,
2. etwaige Zeugnisse über die erlangte technische Ausbildung,
3. eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde über den Aufenthalt während der 3 letzten Monate vor der Meldung,
4. eine Erklärung darüber, ob und bejahenden Falls wann und wo der sich Meldende schon einmal erfolglos einer Hufschmiedepfung sich unterzogen hat, und wie lange er nach diesem Zeitpunkt — was durch Zeugnisse nachzuweisen ist — berufsmäßig tätig gewesen ist.
5. die Prüfungsgebühr von 10 M. nebst 5 Pfg. Postbestellgeld.

Bei der Vorladung zum Prüfungstermin wird den Interessenten Zeit und Ort der Prüfung mitgeteilt werden. Die Prüfungsordnung für Hufschmiede ist im Regierungs-Amtsblatt von 1904 Seite 469/98 und im Frankfurter Amtsblatt von 1904 Seite 443/44 abgedruckt.

Wiesbaden, den 17. April 1916.

Der Regierungspräsident. J. B.: Gitzel.

Von der Stadt Blankenstein ist an einen Angehörigen der Kaiserlichen Marine ein Fragebogen zur Ausfüllung übersandt worden, in dem sie sowohl über persönliche als auch militärische Verhältnisse und Erlebnisse des betreffenden Soldaten für eine Chronik sehr eingehenden Aufschluss haben wollte.

Nach einer Mitteilung des Chefs des Admiralstabes der Marine ist die Veröffentlichung von derartigen Aufzeichnungen im Befehlsbereich der Kaiserlichen Marine verboten und statistischen Erhebungen auf diesem Gebiete entgegenzutreten.

Da nun die Gefahr nahe liegt, daß die Fragebogen von Kriegsteilnehmern ohne Wissen der Vorgesetzten beantwortet werden, ersuche ich ergebenst, den Gemeinden den militärischen Standpunkt bekannt zu geben, damit eine weitere Uebersendung von derartigen Fragebogen unterbleibt.

Wiesbaden, den 31. März 1916.

Der Regierungspräsident. J. A.: Rötter.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Abdruck zur Beachtung.

Westerburg, den 18. April 1916.

Der Landrat.

Es haben sich in letzter Zeit die Fälle erheblich vermehrt, in denen auf unbewachten Wegeübergängen Fuhrwerke überfahren wurden, die von ortsunkundigen Deuten (Kriegsgefangenen usw.) gelenkt werden.

Wir ersuchen ergebenst, die nachgeordneten Kreisbehörden gefälligst anzuweisen zu wollen, durch die Ortspolizeibehörden die Fuhrwerksbesitzer auf die dadurch entstehenden Gefahren hinzuweisen.

Mainz, den 12. März 1916.

Königlich Preussische und Großherzoglich Hessische Eisenbahndirektion.
gez. (Unterschrift.)

An den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Abdruck mit dem Ersuchen, die Fuhrwerksbesitzer, wie angeordnet, auf die entstehenden Gefahren hinzuweisen.

Westerburg, den 25. April 1916.

Der Landrat.

Nachdem die Maul- und Klauenseuche in Steckenheim erloschen ist, werden meine viehschenepidemiologischen Bekanntmachungen vom 3. und 9. März d. Js. aufgehoben.

Altentrupen, den 28. April 1916.

Der Landrat.

Mitteilung des Landwirtschaftsministeriums über die Wurzeln (Rhizome) des gemeinen Adlersfarns (*Pteris Aquilina*) und deren Wert als Schweinefutter.

Der gemeine Adlersfarn ist durch ganz Deutschland verbreitet und tritt in unseren Wäldern oft auf großen Flächen und in

dichten Mengen auf. Er ist der einzige größere Farn Deutschlands, der seine Wedel (Blätter) nicht zu einer Rosette zusammengefaßt hat, sondern einzeln aus dem Boden hervortreiben läßt und ist schon hieran leicht erkennbar. Die Wedel erreichen eine Höhe von 1 m und mehr und sind im Winter — im abgestorbenen Zustande — rostbraun gefärbt.

Die, wie bekannt, von den Wildschweinen gern genommene Wurzeln des Adlersfarns liegen wagerecht im Boden, etwa 20—25 cm unter der Oberfläche, werden bis 4 m lang und etwa 1 cm stark, sind schwärzlich gefärbt, wenig verzweigt, ziemlich saftig und von etwas bitterlichem Geschmack. Sie durchziehen den Boden oft massenhaft, daß sie, aufgedeckt, das Ansehen eines losen Geflechtes bieten.

Durch die Untersuchungen des Geheimen Regierungsrats Dr. Hansen, Direktors des landwirtschaftlichen Instituts der Universität Königsberg, und des Professors Dr. Mez, Direktors des botanischen Instituts derselben Universität, ist festgestellt worden, daß diese Wurzeln reich an Stärke sind, auch nicht unerhebliche Mengen von Eiweiß enthalten und als ein wertvolles Ersatzfutter für Schweine zu betrachten sind.

Die in dem Königsberger Institut mit den Wurzeln gefütterten Fäuerschweine nahmen die ihnen zunächst in geringen und dann allmählich sich verstärkenden Gaben gereichten Wurzeln bei langsame Gewöhnung gut an, erhielten zuletzt bei Entziehung aller Kartoffeln täglich 2 1/2 Pfund Wurzeln und haben sich durchaus wohl dabei befunden. Für Fäuser und Zuchtschweine stellen die Farnwurzeln hiernach ein unbedingt brauchbares Futter dar; für Mastschweine können sie mindestens einen Teil des Futterbedarfs decken.

Als Futter für Rindvieh kommen die Wurzeln wegen ihres bitteren Geschmacks nicht in Betracht.

Die Gewinnung der sich unschwer vom Boden ablösenden Wurzeln ist leicht. Ein Arbeiter sticht den Erdboden mit dem Wurzellager um, während ein zweiter Arbeiter — hierfür genügt ein Kind — die Wurzeln aus dem umgestochenen Boden herauszieht.

Die Wurzeln müssen gewonnen werden, ehe die jungen Wedel im Frühjahr austreiben. Sobald die Wedel treiben, verringert sich der Futterwert der Wurzeln erheblich.

Vor dem Verfüttern sind die Wurzeln durch Abspülen von der anhaftenden Erde zu befreien. Einer weitgehenden Zerkleinerung oder sonstigen Zubereitung bedürfen sie für die Verfütterung nicht. In luftigen Räumen, insbesondere in Scheunen, lassen sie sich gut aufbewahren.

Den Schweinehaltenden Wirten wird dringend empfohlen, sich das Gewinnen von Farnwurzeln noch während des Monats April zur Streckung ihres Futtervorrats angelegen sein zu lassen.

Die preussische Staatsforstverwaltung ist bereit das Graben der Wurzeln in weitem Umfange zu gestatten, auch steht zu hoffen, daß die übrigen Forstverwaltungen das gleiche Entgegenkommen zeigen werden.

Nach bei dem Kriegsministerium eingegangenen Berichten sollen bei einer großen Anzahl von Expeditionsfirmen und Lagerhaltern Güter, die zu Beginn des Krieges zur Räumung der Bahnanlagen, Vergung usw. aus den besetzten feindlichen Gebieten zurückgeführt wurden, und zwecks Freimachung der Wagen entladen und bei dem Kriegsministerium nicht in allen Fällen bekannter Expeditionsfirmen oder Lagerhalter eingelagert worden sind, auch jetzt noch sich auf Lager befinden.

Das Kriegsministerium bittet, im dortigen Korpsbezirk entsprechende Nachforschungen anzustellen, indem alle Personen, welche derartige Güter auf Lager haben, angewiesen werden, diese Güter alsbald bei der Zentralkasse für Kriegsheute des Kriegsministeriums anzumelden. Ausgenommen von der Meldepflicht sollen nur solche Güter bleiben, welche auf Grund von Bundesrats-Verordnungen oder Erlassen des Kriegsministeriums bereits meldepflichtig sind.

Berlin, den 5. März 1916.

Kriegsministerium. J. A.: gez. Hering.

Bekanntmachung.

Die festgesetzte Gemeindesteuerliste der Stadtgemeinde Westerburg, enthaltend die Steuerpflichtigen mit Einkommen bis zu 900 Mk., liegt vom 3. d. Mts. ab vierzehn Tage lang auf dem Bürgermeisterrat offen. Gegen die Veranlagung steht den Steuerpflichtigen binnen 4 Wochen nach Ablauf der Auslegungfrist die Berufung an die Veranlagungskommission zu.

Westerburg, den 20. April 1916.

Der Magistrat. Rappel.

Eichen und Fichten-Lohrinde

kauft jedes Quantum. Angebote unter Angabe des Quantums und des Alters der Eichenlohrstämme erbittet

Const. Esser, Cöln a. Rh.